

in der Schweiz sprunghaft angestiegene wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema<sup>1</sup> sowie die hektischen Reaktionen des politischen Systems zeugen davon. Insbesondere die Deutschschweizer Boulevardmedien haben das Thema Rechtsextremismus zum Anlass genommen, Kampagnen zu lancieren und Konflikte – zwischen Rechtsextremisten und der Polizei; zwischen dem eigenen, angeblich sensibilisierten Medium und den Rechtsextremismus-, Verharmlosern<sup>2</sup> – dramaturgisch aufzubereiten. Mit der Abgrenzung vom Extremismus gehen immer auch Auseinandersetzungen darüber einher, wie breit das Phänomen zu verstehen sei und welche Akteure für seine Ausbreitung (mit)verantwortlich sind: Wer oder was gilt zum Beispiel als ‚extrem‘, wer oder was (nur) als ‚radikal‘, und welche (etablierten) Akteure auf der linken oder rechten Seite des politischen Spektrums weisen eine Nähe zu diesen Phänomen auf? Richtet man also den Blick weg von der Mobilisierung politischer Extremisten hin zu den gesellschaftlichen Reaktionen auf deren Mobilisierungen, fallen in einer ländervergleichenden Perspektive große Unterschiede auf. Angesichts der Zunahme sowohl des Rechtsextremismus als auch des Rechtsradikalismus als auch des Rechtspopulismus seit den 1990er Jahren in mehreren Ländern Europas lässt sich beobachten, dass beispielsweise gegenüber dem Vlaams Blok in Belgien oder den Republikanern in Deutschland sich Medien und etablierte politische Akteure scharf abgrenzen, während in Österreich die FPÖ auf Länder- und teilweise auch auf Bundesebene als Kooperationspartner fungiert oder in der Schweiz eine deutliche Zurückhaltung zu erkennen ist, die mittlerweile wählerstärkste Schweizerische Volkspartei (SVP) als ‚rechtsradikal‘ oder gar ‚rechtsextrem‘ zu klassifizieren.

Aufgrund dieser Irritationen lassen sich folgende *Forschungsfragen* benennen: Wann und unter welchen Bedingungen können extremistische und radikale Akteure (und ihre Positionen) überhaupt Resonanz in der öffentlichen Kommunikation der Schweiz erhalten? Wie werden die Phänomene des Extremismus und Radikalismus als politische Probleme gedeutet und bewertet? *Ziel* der Arbeit ist es, sowohl aufgrund von „diszipliniert-konfigurativen“, fallorientierten Analysen die Resonanz und Problematisierung von politischem Extremismus und

---

<sup>1</sup> Das mit 4 Millionen Schweizer Franken dotierte Nationale Forschungsprogramm 40+ „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmaßnahmen“ kann als direkte Reaktion auf die in den Boulevardmedien geführte Thematisierung der „Schande vom Rütli“ (d. h. der Aufmärsche rechtsextremer Akteure) verstanden werden (siehe auch Niggli: 2009: 14). Teile der hier vorgestellten Forschungsergebnisse, insbesondere zum Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, entstammen schließlich dem Projekt „Rechtsextremismus – ein Medienphänomen?“, das vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert und im Rahmen des oben beschriebenen Nationalfonds-Programms durchgeführt wurde. Eine kurze Zusammenfassung der Studie (Udris/Imhof/Ettinger 2009) ist im Sammelband „Right-wing Extremism in Switzerland“ zu finden, der die Ergebnisse des gesamten Forschungsprogramms zusammenträgt (Niggli 2009).

Radikalismus zu erklären als auch aufgrund eines Vergleiches in der diachronen (1960-2008) wie auch synchronen Dimension (verschiedene Formen des Extremismus und Radikalismus, verschiedene Medientypen) Regularitäten herzuleiten. Um dies genauer zu illustrieren, wird zunächst die *öffentliche Kommunikation als Untersuchungsgegenstand* eingeführt, bevor der *methodische Zugriff und die Logik des Forschungsdesigns* erklärt werden und der *Aufbau der Arbeit* vorgestellt wird.

### *Öffentliche Kommunikation als Untersuchungsgegenstand*

Um die genannten Forschungsfragen nach den Resonanzchancen des politischen Extremismus und Radikalismus anzugehen, stützt sich die vorliegende Arbeit auf eine vergleichende Analyse der öffentlichen Kommunikation in der Deutschschweiz von den 1960er Jahren bis in die Gegenwart. Dies ergibt sich daraus, dass die öffentliche Kommunikation aus zumindest vier Gründen der zentrale Untersuchungsgegenstand für das Verständnis zentraler Rahmenbedingungen für politischen Extremismus und Radikalismus ist (a-d).

#### *(a) Öffentlichkeit als Resonanzraum für nicht-etablierte Akteure*

Wie die Bewegungsforschung gezeigt hat, ist die Öffentlichkeit *erstens* der Ort, auf den sich nicht-etablierte, also auch extremistische und radikale Akteure beziehen (müssen), *zweitens* in dem sie Informationen über (Gegen-)Reaktionen (Zuspruch, Ablehnung etc.) ihres Umfelds, der Medien und der Politik erhalten und *drittens* in dem diese Akteure für ihre Anliegen (ideelle, materielle und personelle) Unterstützung mobilisieren (Rucht 2002; Koopmans/Olzak 2004; Imhof 1996a). Sie sind daher – wollen sie ihren Themen und Positionen breitere Wirkung verschaffen – auf Resonanz in der massenmedial vermittelten öffentlichen Kommunikation angewiesen. Öffentlichkeit – und insbesondere die Massenmedien als „master forum“ (Ferree et al. 2002) – ist der Resonanzraum, der die diskursiven Gelegenheitsstrukturen für extremistische und radikale Akteure bestimmt resp. beeinflusst, in welchen Phasen diese Akteure als autonome (Gegen-)Öffentlichkeit klandestin operieren und in welchen Phasen sie Elemente einer sozialen Bewegung annehmen, die bewusst die Öffentlichkeit sucht.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Ein jüngeres Beispiel für diese ständige Inszenierung im öffentlichen Raum ist die „Demonstrationskultur“ der NPD in (Ost-)Deutschland (Virchow 2006).

(b) *Öffentlichkeit als Arena der Aushandlung und der Vermittlung von Differenzsemantiken*

Stärker den Blick auf die Gesamtgesellschaft und auf die Unterschiede über die Zeit richtend, erfasst ein öffentlichkeitssoziologischer Zugang die veränderten Resonanzchancen des Extremismus und Radikalismus als Phänomen des sozialen Wandels moderner Gesellschaften. Öffentliche Kommunikation stellt nicht nur für (nicht-etablierte) Protest-Akteure Bezugsrahmen bereit, sondern ist generell der Ort, in dem kollektive Identitäten symbolisch über *Differenzsemantiken* ausgehandelt, definiert und vermittelt werden. Differenzsemantiken bezeichnen die zentralen Unterschiede, welche moderne Gesellschaften oder „Sphären der Solidarität“ (vgl. u. a. Alexander 2006: 53 ff.) prägen und ein entsprechendes Gesellschaftsmodell bestimmen. Dazu gehören beispielsweise Unterscheidungen, welche Personen und Gruppen zum Solidarverband einer Gesellschaft gehören und welche nicht (segmentäre Differenzsemantiken), welche Formen von (sozialer) Ungleichheit (stratifikatorisch) und von Differenzierungen verschiedener Teilsysteme oder Rollen (funktional) legitim oder illegitim sind und auf welche vergangene und zukünftige Gesellschaftsmodelle rekurriert wird (temporale Differenzsemantiken). Wenn auch die hinter diesen Differenzsemantiken liegenden kollektiven Identitätsmuster und –vorstellungen ‚lange Beine‘ haben, so können Differenzsemantiken in Phasen gesellschaftlicher Orientierungskrise (neu) spezifiziert und ausgerichtet werden. Auf diese Weise legen diese symbolischen Strukturen und Differenzsemantiken die Bahnen für Identitätsdebatten fest (vgl. Imhof 2008b).

Dies betrifft *zum einen* die Differenzen und die Grenzen, welche die Gesellschaft gegenüber dem politischen Extremismus und Radikalismus zieht. Gerade weil der (per definitionem) anti-demokratische Extremismus die zentralen Grundwerte und Normen der Demokratie verletzt und der Radikalismus diese zumindest herausfordert, sind Extremismus und Radikalismus für eine moderne demokratische Gesellschaft gleichsam als ‚Negativfolie‘ identitätsstiftend. Denn die Bildung kollektiver Identitäten erfolgt zu einem großen Teil ex negativo respektive über Abgrenzung gegenüber ‚Anderen‘ (für eine Übersicht vgl. Kaina 2009: 44 f.), das heißt: Man weiß, wer oder was man ist, indem man weiß, wer oder was man *nicht* ist. Insofern lässt sich über die Differenzsemantiken gegenüber Extremismus und Radikalismus ein zentraler Teil der Identität oder des Selbstverständnisses einer (demokratischen) Gesellschaft beschreiben. Die entscheidende Frage ist selbstredend, wo genau diese Grenzen gegenüber dem Extremismus (und dem Radikalismus) gezogen werden (für den Umgang mit rechtsradikalen Parteien siehe Art 2007).

*Zum anderen* ergeben sich aus den Differenzsemantiken einer Gesellschaft, d. h. den zentralen und legitimen Unterschieden und Grenzziehungen, bestimmte „diskursive Gelegenheitsstrukturen“ für extremistische und radikale Akteure selbst. In einer Gesellschaft, die beispielsweise die heftige Problematisierung von Asylsuchenden als legitim erachtet und diese Gruppe somit vom Solidarverband ausschließt, sind – unter anderen ähnlichen Bedingungen – (gewalttätige) Mobilisierungen und politische Forderungen gegenüber Asylbewerbern wahrscheinlicher als in einer Gesellschaft, in der die Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten einen höheren Stellenwert einnimmt.<sup>3</sup> Diskursive Gelegenheitsstrukturen, welche als vorherrschende, identitätsstiftende Differenzsemantiken konzeptioniert werden können, bestimmen daher, welche Botschaften (oder Frames) eines Akteurs in der öffentlichen Kommunikation nicht nur Visibilität, sondern auch Resonanz und Legitimität erhalten (vgl. Koopmans et al. 2005: 16-23; Koopmans/Statham 1999: 228f.). Insofern sind sie entscheidend für die Intensität, den Zeitpunkt und die Art des Mobilisierungs- und Bewegungshandelns.

Weil diskursive Gelegenheitsstrukturen immer auch (re)interpretiert und verhandelt werden müssen, können sie sich trotz gewisser ‚Trägheit‘ auch verändern. Wenn bestimmte rigide Differenzsemantiken in der öffentlichen Kommunikation an Resonanz und Bedeutung gewinnen (z. B. Problematisierung des Fremden), ändern sich damit die diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Dies trifft besonders auf diejenigen Phasen zu, die als Phasen gesellschaftlicher Orientierungskrise bezeichnet werden können (Imhof 2011), denn in solchen Phasen haben nicht-etablierte Akteure mit ihren alternativen Weltdeutungen nun höhere Chancen, zu mobilisieren, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und für ihre Anliegen ein gewisses Maß an Legitimität zu erhalten. Besonders in Krisenphasen vollziehen sich in der öffentlichen Kommunikation jene Problematisierungen, welche die diskursiven Gelegenheitsstrukturen verändern und extremistische und radikale Mobilisierungs- und Resonanzchancen erleichtern. Ganz grundsätzlich erfasst die Arbeit also diskursive Gelegenheitsstrukturen über die Zeit und fragt danach, wie salient und wie akzeptiert ‚extremistische‘ und ‚radikale‘ Positionen und Deutungen in einer Gesellschaft in bestimmten Phasen sind und welche extremistischen und radikalen Akteure an welche diskursive Gelegenheitsstrukturen vorwiegend anknüpfen.

---

<sup>3</sup> Damit soll nicht behauptet werden, dass nicht auch andere Faktoren für eine höhere Mobilisierungsintensität beispielsweise von rechtsextremistischen und/oder ausländerfeindlichen Akteuren eine Rolle spielen können, unter anderem die Form der staatlichen Repression, der rechtliche Status von Ausländern oder sozio-ökonomische Faktoren wie die Höhe der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist, wie in Kapitel 2.2 ausgeführt, der Erklärungsgehalt solcher stärker ‚strukturellen‘ und institutionellen Faktoren begrenzt (vgl. Koopmans et al. 2005).

(c) *Öffentlichkeit als Arena der Beobachtung und Steuerung von Gesellschaft*

Weil öffentliche Kommunikation die Arena der Selbstbeobachtung und Selbststeuerung moderner Gesellschaften ist (Habermas 1992; Imhof 2011), bestimmt sich in ihr somit auch, ob und wie eine Gesellschaft diese Phänomene – Rechts- und Links-Extremismus, Rechts- und Links-Radikalismus – definiert und problematisiert, welches Bedrohungspotential sie diesen Phänomenen zuschreibt und welche (Gegen-)Maßnahmen als notwendig, angemessen und legitim erscheinen. Insofern lässt sich über eine Analyse der öffentlichen Kommunikation zeigen, wie eine Gesellschaft mit Extremismus und Radikalismus umgeht und welche Formen sie für (besonders) problematisch hält. So können beispielsweise klare Fokussierungen auf und klare Grenzziehungen gegen den Rechtsextremismus gleichzeitig bedeuten, dass Formen des Rechtsradikalismus weniger resonanzstark thematisiert und/oder problematisiert werden. Aus einer Perspektive, welche der Qualität der öffentlichen Kommunikation und dabei insbesondere der Deliberation große Bedeutung beimisst und sich am Politikprozess der öffentlichen Kommunikation orientiert, ist daher entscheidend, welche Folgeeffekte die „Etikettierung“ (Jaschke 2006: 16-19; ähnlich auch Link 2008) und Thematisierung des Extremismus und Radikalismus (durch Medien, Wissenschaftler, Politiker etc.) auf das politische Handlungssystem zeitigen (*Input*).<sup>4</sup> Die Forschung fragt damit sinnvollerweise nach den zentralen Treibern der Thematisierung und den Mechanismen, wie sich ein Phänomen respektive ‚Politikfeld‘ konstituiert und institutionalisiert und mit welchen Gründen die Bekämpfung einer ‚Bedrohung‘ legitimiert wird (für dieses Forschungsdefizit vgl. Neidhardt 2002: 785 f.; für das Beispiel des ‚islamistischen Terrorismus‘ Jackson 2007).

Analysen, die mit einer solchen prozessorientierten Perspektive arbeiten, sind für die Thematisierung des Extremismus äußerst selten. Die vorliegende Arbeit versucht hier einen Beitrag zu leisten, indem gefragt wird, welche Akteure und Handlungen in der öffentlichen Kommunikation beispielsweise als ‚rechtsextrem‘ (oder ‚rechtsradikal‘) beurteilt werden (bzw. welche Interpretationen sich wann durchsetzen), unter welchen Bedingungen sich also das Phänomen ‚Extremismus‘ konstituiert und als lösungsbedürftiges Problem erscheint (*Input*). Nur am Rande kann in dieser Studie untersucht werden, welche konkre-

---

<sup>4</sup> Hier ist vor allem auf Vorarbeiten im Bereich der Cultural Studies zu verweisen. Dort werden andere Phänomene der Devianz untersucht, die – wie der Extremismus und Radikalismus – als hoch normverstossende Phänomene verstanden und besonders von den Medien als soziale Probleme konstituiert und als Bedrohung stilisiert werden (Hall 1978; Vasterman 2005). Solche Studien fokussieren zumeist auf die Input-Dimension des politischen Prozesses und blenden die Throughput- und Output-Dimension weitgehend aus.